



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

7. März 2017

Liebe Leserin, lieber Leser,

die **Sitzungswoche im Bundestag** hat für mich mit einem Termin bei der AG „Digitale Agenda“ begonnen – das ist die Arbeitsgruppe der SPD-Fachpolitiker zum gleichnamigen Ausschuss. Sie trifft sich Montags in Sitzungswochen und ich habe dort gestern die **digitalpolitischen Vorhaben und Schwerpunkte des Wirtschaftsministeriums** bis zur Bundestagswahl vorgestellt. Es ging unter anderem um den Umgang mit rechtswidrigen Inhalten in sozialen Netzwerken, um Haftungsfragen bei offenen WLAN-Netzen und um IT-Sicherheit. Heute habe ich dann in der AG Wirtschaft Rede und Antwort gestanden – zu **Fragen über den Wirtschaftsstandort Deutschland**, den Welthandel und Energiepolitik.

Heute Abend eröffne ich noch die ITB, die **Internationale Tourismusbörse** hier in Berlin und morgen beginnt dann im Bundestag das Plenum. Der Donnerstag startet mit einer **Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat** und zum bevorstehenden **60-jährigen Jubiläum der Römischen Verträge**. Ich selber halte am Donnerstagmittag im Plenum eine **Rede zu Änderungen im Wettbewerbsrecht**. Wer einschalten mag, kann im Parlamentsfernsehen und auf bundestag.de ab etwa 12.10 Uhr zusehen.

In den letzten beiden Wochen waren Gespräche über den **Kauf von Opel durch den französischen Konzern PSA** ein wichtiger Teil meiner Arbeit und ich bin froh, dass die Verhandlungen über den Erhalt der deutschen Arbeitsplätze so erfreulich verlaufen sind. Grund zur Sorge bereiten uns gerade die **deutsch-türkischen Beziehungen**, die sich seit den Auseinandersetzungen im Vorfeld der Abstimmung über die türkische Verfassungsänderung und besonders nach der Inhaftierung von Deniz Yücel nicht gerade verbessert haben.

Aber freudige Nachrichten gibt es auch: Bundesweit **10.000 neue SPD-Parteimitglieder** – und die Darmstädter Nachricht der Woche sind zweifellos die **5 Millionen Euro aus Bundesmitteln für die Sanierung der Mathildenhöhe!** Apropos Wahlkreis: Wählen gehen ist angesagt! Übernächstes Wochenende sind **Oberbürgermeisterwahlen in Darmstadt** und ich hoffe, ihr alle verheißt **Michael Siebel** zum Sieg! Schon diesen **Donnerstag, 9.3., kommt Martin Schulz** und unterstützt Michael Siebel: Seid dabei ab 12 Uhr auf dem Luisenplatz!

Ich wünsche Euch und Ihnen eine schöne Woche,

Euse / Ihre Brigitta Zypries

+++ Veranstaltungstipp +++

Bezahlbares Wohnen in der Stadt

Für Menschen mit niedrigem und durchschnittlichem Einkommen wird das Finden von bezahlbaren Wohnungen immer schwieriger – auch und gerade bei uns in Darmstadt ist die Lage angespannt.

Wie wollen wir wohnen? Was können und was wollen wir uns leisten? Welche Infrastruktur brauchen wir und wie sieht gute, sichere Nachbarschaft aus? Über dieses Thema will ich mit **Michael Groß** (wohnungs- und baupolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion) und **Michael Siebel** (wohnungsbaupolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion) und mit Ihnen diskutieren! Daher sind Sie herzlich eingeladen am

Mittwoch, 15. März um 18 Uhr
in den Karolinsaal im Hessischen
Staatsarchiv Darmstadt.

Eintritt frei, Anmeldung erbeten unter brigitte.zypries@bundestag.de, Tel.: 030-22774099 oder Fax: 030-22776125



**+++ Industrie 4.0 +++
Wie werden wir arbeiten?**

Die Produktions- und Arbeitsbedingungen in Deutschland verändern sich rapide. **In Zukunft werden Menschen, Maschinen und Produkte über digitale Netze direkt miteinander kommunizieren und kooperieren.** Das zwingt uns, die Rolle des Menschen in den intelligenten Fabriken zu überdenken: **Wird der Mensch in der Produktion überflüssig? Und wie kann man die Sicherheit der ausgetauschten Daten gewährleisten?** Um diesen Wandel erfolgreich zu gestalten, brauchen wir klare Rahmenbedingungen.

Über dieses Thema diskutiere ich auf Einladung der Jusos Darmstadt und der Juso Hochschulgruppe mit SPD-Oberbürgermeisterkandidat Michael Siebel, Betriebsratsmitglied von Merck Andreas Becker und Gerold Reichenbach, MdB und Datenschutzexperte.

Die **Podiumsdiskussion** findet statt am: **13. März, 18:30 Uhr, im Hörsaal S2|06/030 an der TU Darmstadt**

Interessierte sind herzlich eingeladen!

Verbesserte Arzneimittelversorgung für Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen

Am Donnerstag, 9. März, wird das Gesetz zur Stärkung der Arzneimittelversorgung abschließend beraten. Mit einem ausgewogenen Maßnahmenpaket werden die **gute Arzneimittelversorgung der Patienten mit sicheren und innovativen Arzneimitteln auf hohem Niveau sichergestellt** und gleichzeitig die finanzielle **Situation der gesetzlichen Krankenversicherungen gestärkt.** Für Arzneimittel geben diese 35 Milliarden Euro aus. Das sind 17,2 Prozent des Budgets. **Die Entwicklung neuer Wirkstoffe und innovativer Arzneimittel trägt wesentlich zu einer besseren Gesundheitsversorgung bei, die aber bezahlbar bleiben muss.**



Foto: [Dirk Vorderstraße](#) (CC BY 2.0)

In dem Gesetz werden sehr **gegensätzliche Interessen** unter einen Hut gebracht. Die **Arzneimittelhersteller verlangen für neue Medikamente hohe Preise**, um ihre Forschungskosten zu decken. Die freie Preisbildung für ein Arzneimittel im ersten Jahr nach Markteinführung führte teilweise zu unerwartet hohen Ausgaben. Deshalb gilt die freie Preisbildung in Zukunft nur bis zum Erreichen eines Schwellenwerts.

Nach einem festgelegten Verfahren wird dann der Preis verhandelt. Dadurch wird erreicht, dass die Patienten weiterhin möglichst schnell mit neuen Arzneimitteln versorgt werden, aber die Ausgaben für besonders hochpreisige neue Arzneimittel begrenzt sind. **Die exportorientierten Arzneimittelhersteller möchten nicht, dass dieser Preis öffentlich wird, weil dann andere Länder den in Deutschland gewährten Rabatt verlangen würden.** Für die **Versicherten und Ärzte ist wiederum wichtig zu wissen, welche Kosten mit einer bestimmten Therapie entstehen.** Das Gesetz sieht konkrete Maßnahmen vor, die gewährleisten, dass die Beteiligten die Kosten kennen.

Die Krankenversicherungen verlangen einen **Nachweis, dass die neuen Medikamente auch einen zusätzlichen Nutzen haben.** Um Ärztinnen und Ärzte besser bei ihren Therapieentscheidungen zu unterstützen, erfahren sie in Zukunft über ein **Informationssystem, welchen Zusatznutzen neue Medikamente haben.**

Zur Sicherstellung der flächendeckenden Arzneimittelversorgung durch Apotheken wird die **Vergütung der Apotheken erhöht.** So werden Beratungsleistungen und der Mehraufwand für Dokumentationspflichten besser honoriert. Für die gesetzlichen Krankenkassen bringt das jährliche Mehrausgaben von 100 Millionen Euro mit sich.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bilder:

Daniel Becker, Lina Kramer

„Share Economy“ – gemeinschaftliches Wirtschaften heute

In dieser Woche beschäftigt sich das Parlament gleich zweimal mit **Share Economy**. Unter diesem Begriff werden Geschäftsmodelle eingeordnet, die eine geteilte (engl. „shared“) Nutzung von Ressourcen organisieren. In der Landwirtschaft ist die gemeinsame Nutzung z. B. von Mähdreschern in sogenannten **Maschinenringen** schon lange üblich. Durch die Digitalisierung sind nun im Internet soziale Netzwerke und **Marktplätze** entstanden, auf denen Dienstleistungen und Waren gehandelt werden. Hinzu kommt die rasante Verbreitung von Smartphones, die jederzeit und überall Zugriff auf diese Plattformen gewährleisten. Dies eröffnet vollkommen neue Modelle für „kollaboratives Wirtschaften“: **Carsharing, Mitfahrgelegenheiten, Unterkunftsvermittlung und technische Dienstleistungen** sind die geläufigsten.

Über das Internet kann man sehr einfach Geschäftsbeziehungen miteinander eingehen. Die dabei anfallenden Kosten sind verschwindend klein im Vergleich zu den Kosten für eine Geschäftsanbahnung in der Zeit vor der Digitalisierung. Laut einer Studie der EU-Kommission hat diese Share Economy im Jahr 2015 in Europa bereits Einnahmen in Höhe von 3,6 Milliarden Euro erzielt.

Die Regierungskoalition fordert deshalb in einem Antrag: „Wachstumschancen der kollaborativen Wirtschaft nutzen und Herausforderungen annehmen.“ Es gilt die Vor- und Nachteile dieser Entwicklung zu untersuchen und abzuwägen. **Einerseits entstehen neue, flexible Beschäftigungsverhältnisse und damit neue Einnahmequellen. Auf der anderen Seite stehen Risiken und Gefahren für die soziale Sicherheit.** „Während auf der einen Seite neue Unternehmen mit innovativen Geschäftsideen entstehen, wird es auf der anderen Seite zu Marktaustritten etablierter Anbieter kommen, die nicht mehr in der Lage sind, sich neuen Gegebenheiten anzupassen“, heißt es in dem Antrag.

Für das **Carsharing**, das bekannteste Projekt der Share Economy, liegt jetzt ein Gesetzentwurf vor, der in 1. Lesung beraten wird. **Da die gemeinschaftliche Nutzung eines Autos viele Vorteile für die Umwelt hat und die Parksituation in den Städten entlastet, soll dieses Geschäftsmodell gefördert werden.** Aber bisher gibt es rechtlich keine Möglichkeit, im öffentlichen Verkehrsraum exklusiv für diese Autos Parkplätze bereitzustellen und von Parkgebühren zu befreien. Länder und Kommunen haben aber ein großes Interesse an der Förderung von Carsharing. Das Gesetz soll sie nun ermächtigen, Vorrechte für Carsharingfahrzeuge und Carsharinganbieter einzuführen.